

Nr. 19/773

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Bremisches Wohn- und Betreuungsgesetz zurückziehen und nachbessern
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 7. Juni 2017
(Drucksache [19/1094](#))
2. Bewohnerbeiräte in Alten- und Pflegeeinrichtungen stärken!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 25. Oktober 2016
(Drucksache 19/784)
3. Bericht zur Erstellung der Nachfolgeregelung zur Heimmitwirkungs- und Heimmindestbauverordnung
Bericht der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration
vom 15. Juni 2017
(Drucksache [19/1123](#))
4. Inklusive Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit sozial-emotionalen Beeinträchtigungen fördern
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. Juni 2017
(Drucksache [19/1127](#))

D a z u
Mitteilung des Senats vom 19. September 2017
(Drucksache 19/1244)
5. Schulischer Inklusion zum Erfolg verhelfen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 15. Juni 2017
(Drucksache [19/1128](#))
6. Gelingende Inklusion braucht geeignete Bedingungen und Weiterentwicklung
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. August 2017
(Drucksache [19/1169](#))
7. Kulturelle Filmförderung im Lande Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 6. Juli 2017
(Drucksache [19/1146](#))
8. Attraktives Bremen: Wie können Einpendler als Einwohner gewonnen werden?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 8. August 2017
(Drucksache [19/1170](#))

9. Nebenbeschäftigung und öffentlicher Dienst
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 17. August 2017
(Drucksache [19/1187](#))
10. Finanzielle und personale Voraussetzungen für auskömmlichen Bauunterhalt und Sanierung sowie Errichtung von Neubauten im öffentlichen Eigentum Bremens
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 21. August 2017
(Drucksache [19/1193](#))
11. Stand und Perspektiven der Provenienzforschung in Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1199](#))
12. Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit auch durch bessere Kinderbetreuung ermöglichen?
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1202](#))
13. Gewalt bei Fußballspielen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 25. August 2017
(Drucksache [19/1211](#))

Nr. 19/774

Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über die Erhebung einer Tourismusabgabe

Mitteilung des Senats vom 27. Juni 2017
(Drucksache [19/1136](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 19/775

Gesetz zur Änderung der Gebührenbefreiungstatbestände – Gesetz zur Änderung der persönlichen Gebührenfreiheiten

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. Dezember 2016
(Drucksache [19/881](#))
2. Lesung

Der Gesetzesantrag ist durch die Annahme der Drucksache 19/1210 erledigt.

Nr. 19/776

Gesetz zur Änderung der Gebührenbefreiungstatbestände

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 24. August 2017
(Drucksache [19/1210](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Der Senat und der Magistrat werden gebeten, Rechtsverordnungen der neuen Rechtslage zum 1. Januar 2018 anzupassen und gegebenenfalls erforderliche Ortsgesetzänderungen zeitnah zu veranlassen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Nr. 19/777

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 sowie Finanzplanung 2017 bis 2021

Mitteilung des Senats vom 12. September 2017
(Drucksache [19/1224](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2018 und 2019, die Haushaltspläne für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 (Produktgruppenhaushalte, kamerale Haushalte einschließlich der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung, produktgruppenorientierte und kamerale Stellenpläne, Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, Sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts sowie Sonderhaushalte) zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) sowie an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen, den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit, den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit und an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Haushaltsporträt 2018/2019 und den Finanzplan 2017 bis 2021 mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 19/778

Reichtum gerechter verteilen – Vermögenssteuer als Millionärssteuer wieder erheben

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 30. Mai 2017
(Drucksache [19/1081](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 19/779

Keine Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in Bremen und Bremerhaven!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 13. Juni 2017
(Drucksache [19/1101](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/780

Lehren aus dem Dieselskandal ziehen und konsequent umsetzen!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1197](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

1. die Autokonzerne sich zu weitgehenden technischen Nachrüstungen und Umbauten an den Motoren verpflichten, die nicht zulasten der Autokäufer gehen.
2. Kontrollen und Überwachung der tatsächlichen Schadstoffemissionen von Fahrzeugen deutlich verbessert werden.
3. Möglichkeiten von Musterfeststellungsklagen geschaffen werden.
4. das Steuersystem ökologischer wird und kleinere Einkommen entlastet. Die steuerliche Belastung von Dieselmotoren ist dabei stufenweise an die von Benzin anzupassen, um damit umweltfreundlichere Technologien zu fördern.
5. wirksame Instrumente für die beschleunigte Umstellung auf Elektromobilität, wie z. B. Quoten für Neuzulassungen, möglichst auch auf europäischer Ebene eingeführt werden.

Nr. 19/781

Bremens Stärken besser für Gründungen und Start-ups nutzen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, der CDU und DIE LINKE
vom 29. Juni 2017
(Drucksache [19/1139](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die statistische Datenbasis zum Gründungsgeschehen und dem Ökosystem für Start-ups im Land Bremen durch geeignete Maßnahmen zu verbessern;
2. die zahlreichen und ausdifferenzierten Instrumente und Schnittstellen der staatlichen Wirtschaftsförderung, die für Start-ups relevant sind, organisatorisch zusammenzuführen und damit die Fokussierung und Effizienz des Mitteleinsatzes zu erhöhen und die Orientierung für die potenziellen Gründerinnen und Gründer und ihre Partner zu erleichtern;
3. selbstorganisierte und von der Wirtschaft angebotene Netzwerktreffen und Plattformen zu fördern;

4. im Rahmen seiner Möglichkeiten darauf hinzuwirken, die Gründungsförderung an den bremischen Hochschulen mit konkreten Maßnahmen in den Zielvereinbarungen der Lehrstuhlinhaber zu verankern und die Hochschulen und Forschungseinrichtungen darin zu unterstützen, Studierende und Absolventen, z. B. mittels geeigneter hochschul- und fächerübergreifender Veranstaltungen, für die Idee von Unternehmensgründungen zu begeistern. Bedeutsam ist auch ein gutes Angebot für die kontinuierliche Begleitung der jungen Unternehmen.
5. hochschulnahe Gründerzentren, die durch intensives Coaching jungen Unternehmen zu einer schnellen Entwicklung verhelfen, zu unterstützen und mit privaten Akteuren zu vernetzen, um damit den Wissens- und Technologietransfer stärker zu fördern;
6. auch in den vier Clustern den Fokus auf Start-ups zu richten, z. B. Ansprechpartner für Start-ups und Gründungen innerhalb der Cluster zu benennen sowie Veranstaltungen und Pitching-Events für Start-ups anzubieten;
7. die bremischen Programme zur Existenzgründungsförderung (z. B. BRUT - Bremer Förderprogramm für Unternehmensgründungen) auf ihre Wirksamkeit hin zu evaluieren und nachzujustieren;
8. gemeinsam mit der Bremer Aufbau-Bank (BAB), der Förderbank für Bremen und Bremerhaven und dem RKW (Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft e. V.) das EFRE-Beteiligungsprogramm (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) weiter auszubauen, um künftig die Rahmenbedingungen für Beteiligungen bis zu 800 000 € für junge Unternehmen sowie Existenzgründerinnen und Existenzgründer möglichst einfach und unbürokratisch zu gestalten. In diesem Zusammenhang soll ein Beirat aus mittelständischen, in Bremen ansässigen Unternehmen installiert werden, um so frühestmöglich die Marktfähigkeit der Start-ups in Erfahrung zu bringen sowie Start-ups bei der Investorensuche zu unterstützen.
9. die Gründung eines Bremer Start-up-Fonds (unter Inanspruchnahme der BAB) zu unterstützen, an dem sich auch Banken, Versicherungen, Bürgerinnen und Bürger beteiligen können, damit genug finanzielles Investment vorhanden ist, um Bremen auch langfristig als Standort für Start-ups interessant zu machen und die generierten Arbeitsplätze in Bremen zu halten;
10. mit geeigneten Crowdfunding-Plattformen dazu beizutragen, dass auch auf diesem Weg privates Kapital zur Finanzierung von Start-ups mobilisiert werden kann;
11. neben der Förderung von Netzwerktreffen auch die Förderung privatwirtschaftlicher Beratungseinrichtungen – bzw. Unternehmen – durch geeignete Netzwerke und Matching-Instrumente zu unterstützen, die aufgrund ihrer Erfahrung den Start-ups wichtige und notwendige Impulse geben sowie Investoren vermitteln können;
12. die Vergabeverfahren gründungsfreundlich zu gestalten und bei entsprechenden Ausschreibungen, deren Auftragsvolumen die zulässigen Grenzen nicht überschreiten, im Land Bremen ansässige Start-ups gezielt zu Angeboten aufzufordern;
13. auch langfristig günstige Räumlichkeiten für Existenzgründerinnen und Existenzgründer, z. B. durch die ZZZ (ZwischenZeitZentrale Bremen), anzubieten, analog zur derzeitigen Zwischennutzung im Citylab (Plattform für Start-ups und Existenzgründer) oder dem „wurst case“ (Kollaborative Zwischennutzung – Karmatransformation einer Wurstfabrikation);
14. Veranstaltungen für Gründerinnen und Gründer mit gezielten Marketingaktionen auch über die Landesgrenzen hinweg zu bewerben und Bremen als Start-up-Standort bundesweit zu etablieren;

15. darauf zu achten, dass Frauen gezielt für die Gründung von Start-ups begeistert werden;
16. anzuerkennen, dass die Kreativwirtschaft einen wichtigen Beitrag zu einer vitalen Gründerszene in unserem Land leistet. Das kommt auch den wissensintensiven Start-ups zugute. Dieser Zusammenhang ist in der Förderstrategie des Senats systematisch zu berücksichtigen.
17. das Thema Start-ups als betriebliches Innovationsinstrument für den Mittelstand stärker herauszuarbeiten und den Unternehmen zu vermitteln;
18. die Instrumente der Wirtschaftsförderung und die Entwicklung der Start-up-Szene durch geeignete Dialogverfahren zusammen mit den an den Netzwerken beteiligten Akteuren und Partnern regelmäßig zu evaluieren und einmal jährlich in der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen über die fortlaufenden Aktivitäten und den Anpassungsbedarf zu berichten;
19. binnen eines Jahres nach Beschlussfassung über die erfolgten Maßnahmen zu berichten.

Nr. 19/782

Innovationspolitik im Land Bremen neu aufstellen

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP

vom 12. September 2017

(Neufassung der Drucksache [19/1171](#) vom 8. August 2017)

(Drucksache [19/1234](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.